

Aktuelle linke Forderungen zur BILDUNG

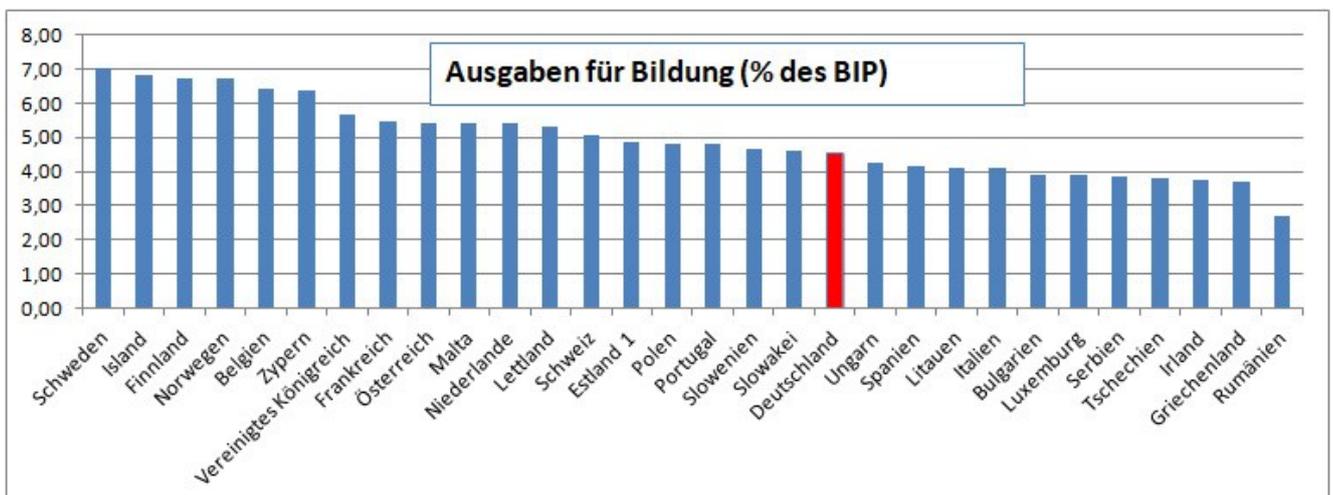
Prof. Wolfgang Stroh

Im Kapitalismus fließt das Geld dahin, wo es sich am schnellsten und effektivsten vermehrt. Der „gebildete“ Mensch spielt dabei gegenüber dem „funktionierenden“ Menschen keine Rolle. Doch auch im Kapitalismus gibt es den Begriff des „Humankapitals“ und immer mal wieder stellen die Wirtschaftswissenschaften Überlegungen zu Investitionen „in die Zukunft“ an:

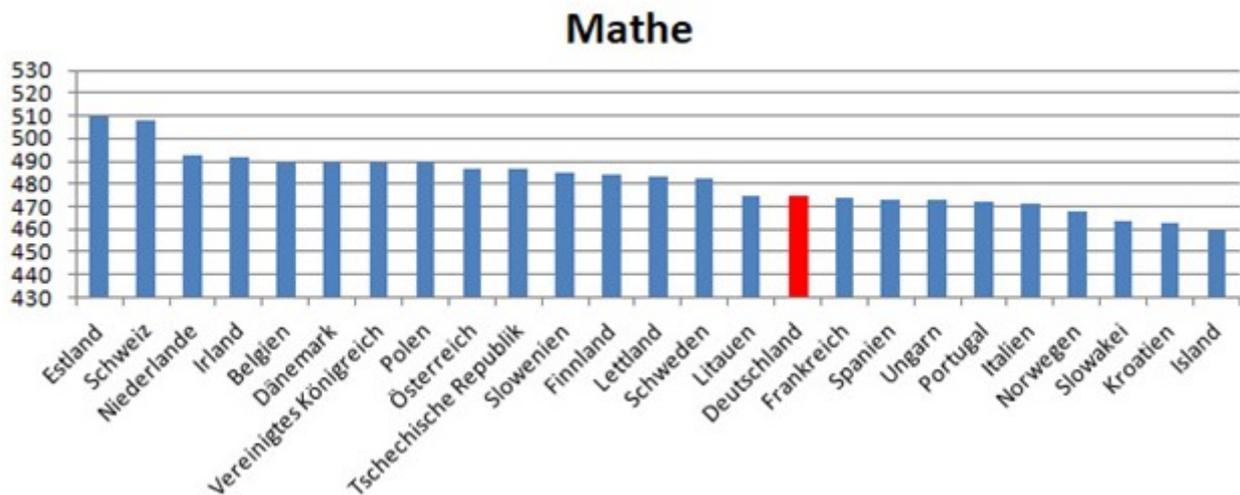
izpb: „Seit einem halben Jahrhundert weist der wirtschaftswissenschaftliche Begriff des „Humankapitals“ darauf hin, dass das Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand eng mit der „Ressource Mensch“ zusammenhängt, also mit dem Bildungsstand der Bevölkerung, ihrem Wissen, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten. In der neueren empirischen Wachstumsforschung besteht Einigkeit darüber, dass dem Bildungssektor eine Schlüsselfunktion für den Wohlstand einer Gesellschaft zukommt.“

In der Bundesrepublik Deutschland jedoch ist entgegen dieser Einsicht das jeweils kurzfristige Wohlergehen „der Wirtschaft“ stets wichtiger gewesen als die Zukunftsinvestition „Bildung“. Und weil eine Arbeitslosenquote von mindestens 4% eine für den Kapitalismus des freien Arbeitskräfte marktes notwendige Einrichtung zwecks Begrenzung von Lohnforderungen ist, sind der Aus-, Fort- und Weiterbildung („Umschulung“) ebenfalls Grenzen gesetzt. Dass aber sogar die deutsche Wirtschaft längerfristig unter einer verfehlten Bildungs- und Sozialpolitik leiden kann, erweist sich momentan beispielsweise am Phänomen des „Fachkräftemangels“. Der Import von fertig ausgebildeten Gastarbeiter*innen wird aber offensichtlich als billiger eingeschätzt, als die Bildungschancen Jugendlicher zu erhöhen.

Die staatlichen Ausgaben für Bildung sind in Deutschland viel zu gering. Und Sonderausgaben verpuffen in Investitionen wie beispielsweise „Tablets für alle“. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit 4,52% Bildungsausgaben des BPI an 19. Stelle der europäischen Länder und auch unterhalb des EU-Durchschnitts von 5,02%. (Nach dem „Kaufkraftstandard pro Kopf“ liegt Deutschland auf der 13. Stelle.) Beim Hochschulabschluss (Abitur) liegt Deutschland mit 34,9% ebenfalls nur auf 23. Stelle und unterhalb des EU-Durchschnitts 40,7%.



Die Folge niedriger Bildungsausgaben: Der aktuelle PISA-Test weist Deutschland innerhalb der EU den 16. Platz für Mathematik und die jeweils 12. Plätze für Lesen und Naturwissenschaften zu. (International liegt Deutschland auf Platz 22.) Die Werte für Deutschland sanken 2022 auf das niedrigste Niveau seit 2000, dem Jahr des „PISA-Schocks“. Die „Bildungschancen“ sind in Deutschland seit PISA 2000 konstant besonders gering: 26,7 % der Kinder mit „niedrigerem Hintergrund“ besuchten ein Gymnasium gegenüber 59,8% mit „höherem Hintergrund“ ([ifo](#)).



Der [PISA 2022 Bericht](#)/ifo 2024 stellt dazu fest: „Damit erzielen sozial privilegierte Schülerinnen und Schüler in Deutschland 111 Punkte mehr als sozial benachteiligte 15-Jährige. Der Abstand zwischen beiden Gruppen ist größer als im OECD-Durchschnitt (93 Punkte) und seit 2012 unverändert... Nach der Auswertung gehört Deutschland zu den Staaten, in denen die Leistungsunterschiede zwischen Schülern mit Migrationshintergrund und den einheimischen Schülern am stärksten ausgeprägt sind.“

[ifo 2024](#): „Forschung zu Unterschieden in der Chancengleichheit im Bundesländervergleich (wie auch im internationalen Vergleich) anhand der PISA-Daten hat aufgezeigt, dass Schulsysteme, in denen die Schulkinder erst später auf weiterführende Schularten aufgeteilt werden, systematisch eine höhere Chancengleichheit aufweisen.“

Das trotz dieser Erkenntnisse systematische Ignorieren des Tatbestands einer multikulturellen Migrationsgesellschaft ist Kennzeichen der Bildungskatastrophe des Jahres 2024, mit chronischer Unterfinanzierung des Bildungssektors, Auspielen der „Familie“ gegenüber staatlichen Bildungsinstitutionen und mangelnden Bildungschancen für die „untere Hälfte“ der Gesellschaft.

Der (auch im europäischen Vergleich) desolatte Zustand des deutschen Bildungssektors ist also nicht allein die automatische Folge des Kapitalismus und des Systems der freien Arbeitsmärkte, sondern auch ein Zeichen für die Verbohrtheit der deutschen Regierungen der Zeit nach den Bildungsinitiativen unter Willy Brandt. Die heutige Klage über den Fachkräftemangel ähnelt Georg Pichts Einsicht in die negativen Auswirkungen eines „Bildungsnotstandes“ im Jahre 1964, die zu der Einführung erster Gesamtschulen, dem Ruf „Arbeiterkinder an die Uni“ und der Parole „Bildung ist ein Bürgerrecht“ (Carl Dahrendorf) geführt hat. Trotz der darauf folgenden Bildungsexpansion der 1970er-Jahre unter Willy

Brandt sind wir offensichtlich wieder an jenem Punkt, an dem 1964/65 Picht und Dahrendorf angesetzt haben.

Gleichzeitig werden neue schulische Inhalte propagiert, deren Einbettung in gesellschaftliche Prozesse aber ignoriert, wodurch die Qualität der Bildung und die Demokratisierung leiden. So z.B. bei der Diskussion um die Digitalisierung, die gleichzeitig ein Einfallstor für die Privatisierung der schulischen Bildung werden könnte:

bpb „Schließlich sollte eine nachhaltigkeits-orientierte digitale Bildung auch Fragen stellen, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen: Wer gewinnt, wer verliert derzeit bei der digitalen Entwicklung, und wie können die Errungenschaften des technologischen Fortschritts möglichst breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen? Ein erster Schritt könnte sein, einen Teil des Geldes für den DigitalPakt Schule, der vor allem mehr Whiteboards in Klassenzimmer und mehr Tablets in den Unterricht bringt, besser im Sinne einer Ermächtigung und Emanzipierung verantwortungsvoller Bürgerinnen und Bürger im digitalen Zeitalter zu verwenden.“

GEW: „Schulen sind bereits seit vielen Jahren im Visier privater und wirtschaftlicher Interessen. Die Digitalisierung schulischer Bildung ist dafür ein weiteres Einfallstor. Bemerkenswert am Lobbyismus der Digitalwirtschaft sind jedoch die Qualität, die mögliche Wirkung und die Intensität privatwirtschaftlicher Einflussnahme auf Inhalte und Rahmenbedingungen von Bildung.“

Linke Forderungen zur Bildungspolitik:

- Kostenlose Bildung bis zur Berufsqualifizierung, Fördermaßnahmen für Weiterbildung, Umschulung, Höherqualifikation etc.
- Kita- und Kindergartenplätze **für alle** kostenlos,
- berufsqualifizierende Bildung kostenlos (z.B. BaFöG nicht als Kredit), wenn entsprechende Empfehlung vorliegt, kostenlose Nachhilfe (u.a. Sprachkurse),
- Integrierte Gesamtschule **für alle** bis zum 10. Schuljahr, d.h. Abschaffung der Aufgliederung in „Schulformen“ nach 4 oder 6 Jahren,
- Aufstockung des Stellenplans: An **keiner** Bildungseinrichtung sollte die Lehrer-Schüler-Relation 1:12 überschritten werden
- die Verbesserung der L-S-Relation hat Vorrang gegenüber der Digitalisierung, d.h. die „Digitalisierung“ darf nicht dazu verwendet werden, die L-S Relation zu senken,
- Verbot jeder „privaten Einflussnahme“ (Microsoft, Google, Macintosh etc.) durch Sponsoring oder (Fort-) Bildungsprogramme auf die Digitalisierung der Bildungsinstitutionen,
- Mitbestimmung **aller** am Bildungsprozesse Beteiligten (Kinder, Jugendliche, Studierende, Betreuer*innen, Lehrer*innen, Dozent*innen etc.) über Lernformen und Inhalte, u.a. in paritätisch besetzten Gremien
- Einheit von Forschung und Lehre im Sinne des „forschenden Lernens“ an den Hochschulen

- akademische Gleichwertigkeit **aller** Ausbildungsgänge für die am Bildungsprozess Beteiligten von der Kita-Betreuer*in bis zur Schullehrer*in
- Gleiche Bezahlung für **alle** Personen, die professionell an der Bildung beteiligt sind - von

der Kita über **alle** Schulformen bis zur Hochschule

- Abschaffung des Referendariats der (zweiphasigen) Lehrerausbildung zugunsten von Einphasigkeit
- Hochschulen als Instanzen der Berufsqualifizierung müssen von Drittmittelforschung unabhängig sein
- - gezielte Maßnahmen zur Förderung inter- und multikultureller Kompetenz **aller** professionellen Betreuer*innen und Lehrer*innen gemäß den Erfordernissen der multikulturellen Gesellschaft
- verpflichtende Auseinandersetzung mit Problemen des alltäglichen Rassismus im Hinblick auf die Tätigkeit in Bildungseinrichtungen
- Schulen des Netzwerkes „Schule gegen Rassismus“ sollen in ihrer einschlägigen Ausstattung gezielt gefördert werden. Entsprechende Aufstockung der Bildungshaushalte von Ländern und Bund.